Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 44. **Sonntag** den 25. Januar 1903. **97. Jahrgang.**

Unsere Postabonnenten,

welche nur für Monat Januar abonniert haben, bitten wir im Interesse pünktlicher Weiterlieferung das Abonnement jetzt zu erneuern. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen auf das „Leipziger Tageblatt" sowohl für die

Monate **Februar** und **März**
zum Preise von **3 Mk.**

wie auch allein für

Monat **Februar**
zum Preise von **1.50 Mk.**

entgegen.

Aus der Woche.

Die Etatsberatung im Deutschen Reichstage hat seit Jahren die Eigentümlichkeit gehabt, daß in ihrem Verlaufe vom Etat selbst herzlich wenig die Rede ist. In diesem Jahre ist es bei diesem Brauche nicht nur geblieben, sondern es will uns sogar scheinen, als ob man noch weniger als sonst von den Finanzen selbst gesprochen hätte. Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts besitzt nicht die innere und die äußere rednerische Begabung, um hierin einen Wandel herbeizuführen, und seine Aufgabe wird ihm nicht unerheblich durch den Umstand erschwert, daß er seinen Zuhörern deshalb nichts Neues bieten kann, weil die wichtigsten Zahlen des Reichsetats schon vorher veröffentlicht sind. Aus der Mitte der Opposition heraus hat man die üblichen Klagen über Militarismus und Marinismus gehört; Herr Richter wiederholte dabei aus seiner Zeitung die charakteristische Anregung, wegen des Defizits die Ausführung des Flottenbauplans hinauszuschieben! So schlimm aber steht es mit den Reichsfinanzen denn doch noch nicht. Allerdings haben sich die Verhältnisse so ungünstig entwickelt, daß selbst der Etatsredner des Zentrums den Ruf nach einer Reichsfinanzreform begreiflich fand. Kann das Zentrum die praktische Inangriffnahme dieser Reform z. Zt. noch mit dem Hinweise bekämpfen, man müsse erst den Abschluß der Handelsverträge und die finanzielle Rückwirkung davon auf die Zolleinnahmen abwarten, so wird zu dem genannten Zeitpunkte auch das Zentrum nicht umhin können, im Punkte der Reichsfinanzreform endlich vom Worte zur Tat überzugehen.

Wenn nicht an Allerhöchster Stelle die Schätzung des Wertes eine recht hohe wäre, würde der wichtigste Teil der letzten Etatsberatung nicht in Erörterungen über die persönlichen Kundgebungen des Kaisers bestanden haben können. Die Aufgabe des Reichskanzlers in solcher Debatte ist, wie man zugeben muß, ungemein schwierig. Denn einmal hat der Reichskanzler gegenüber dem Kaiser, der ihn ernannt hat und jeden Tag zu entlassen vermag, schwerwiegende Rücksichten zu nehmen; sodann muß der Kanzler gegenüber dem Reichstage den konstitutionellen Anforderungen gerecht werden. Daß Graf Bülow dieser doppelten Aufgabe im allgemeinen sich völlig gewachsen gezeigt hat, ist billigerweise nicht zu bestreiten. Graf Bülow ist einerseits mit der größten Entschiedenheit für das kaiserliche Recht auf Initiative eingetreten und hat sich mit nicht geringerer Entschiedenheit als Kugelfang vor den Kaiser gestellt. Nach der anderen Seite hin umschrieb Graf Bülow neben seiner staatsrechtlichen Verantwortlichkeit für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers seine moralische Verantwortlichkeit für persönliche kaiserliche Kundgebungen in einer Weise, die durchaus nicht die Neigung nach Entlastung von eigener Verantwortlichkeit verriet. Zugleich gab der Reichskanzler von der Individualität des Kaisers und von ihrer Rückwirkung auf den Verkehr zwischen dem Monarchen und den Ministern eine so freimütige Schilderung, daß die Schwierigkeiten, die gegenwärtig für den verantwortlichen Reichskanzler bestehen, in grellerer Beleuchtung als bisher gezeigt wurden. Nachdem ein Bismarck entlassen und ein Caprivi an seine Stelle getreten war, ist es begreiflich, wenn die Reichskanzler Kaiser Wilhelms II. mit der Stellung der Kabinettsfrage vorsichtig sind. Schwerer begreiflich jedoch ist es, daß der Allerhöchsten Stelle die Nachteile, die mit persönlichen Kundgebungen des Trägers der Krone verbunden sind, trotz verschiedener Erfahrungen als solche nicht einleuchten. Gerade das letzte Jahr hat die Reihe solcher Erfahrungen vermehrt. Es kann heute niemand mehr bezweifeln, daß die Veröffentlichung des Swinemünder Telegramms an den Prinz-Regenten von Bayern lediglich dazu gedient hat, die politische Stellung der bayerischen Zentrumspartei zu verbessern. Und von den kaiserlichen Kundgebungen, die im Anschluß an den Tod Krupps erfolgten, muß heute das Gleiche gesagt werden. Der heilsame Einfluß der sozialen Gesetzgebung auf die Arbeiterschaft wird durch eine Agitation, zu der persönliche Kundgebungen des Kaisers den Anlaß geben, nicht minder paralysiert, als der heilsame Einfluß anderer Gesetze, die, wie der angekündigte Gesetzentwurf zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, einen durchaus volksfreundlichen Geist atmen. Daß auch zu letzterem Gesetzentwurfe die Zustimmung des Kaisers als Königs von Preußen erforderlich war, wird dem Volke von den sozialdemokratischen Agitatoren verborgen gehalten. Und selbst wenn dies nicht geschähe, würde der Eindruck einer flammenden Kaiserrede gegen die Sozialdemokratie bei den Massen im Sinne der sozialdemokratischen Agitatoren immer noch viel größer sein, als der eines arbeiterfreundlichen Gesetzes.

Das vielberufene „Schweineglück" der Sozialdemokratie bewährte sich auf das unerwartetste während der Etatsdebatte selbst. Präsident Graf Ballestrem tat einen schier unverständlichen Schritt, als er im Widerspruch mit seinen eigenen Grundsätzen die Erörterung von Kaiserreden ausschließen wollte, die im „Reichsanzeiger" mitgeteilt waren. Damit verhalf Graf Ballestrem der Sozialdemokratie zu der Aureole ungerechter Behandlung, in deren Glanze sofort 32 Volksversammlungen in Berlin getagt haben! Der Abg. Professor Dr. Hasse wandte sich mit vollkommen gerechtfertigter Schärfe gegen den beklagenswerten Mißgriff des Reichstagspräsidenten. Der Graf Ballestrem hat anscheinend die Berechtigkeit seines Schrittes dadurch rückgängig machen wollen, daß er dem Abg. Bebel schrankenlos gewährte, was er dem Abg. v. Vollmar versagte. Aber gerade ein solcher „Umfall" ist nicht darnach angetan, die Autorität des Präsidenten wieder herzustellen. Wenn Graf Ballestrem bald nachher unter der merkwürdigen Berufung auf einen Tadel der „Kreuzztg." sein Amt niederlegte, so muß man abwarten, ob er mit jener Berufung sich nicht eine Brücke zur Rückkehr auf den Präsidentenstuhl baute. Die Erklärungen des konservativen Fraktionsführers und des Abg. Dr. Sattler deuten auf die Möglichkeit einer Wiederwahl des Grafen Ballestrem unverkennbar hin.

Die Mitteilungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs von Richthofen über den venezolanischen Zwischenfall bezeugen, daß nicht bloß Deutschland, sondern auch die mit ihm zusammengehenden beiden andern Mächte, Italien und England, die Politik der Entschiedenheit gegen den Präsidenten Castro durchführen wollen. Eine noch deutlichere Sprache redet das Bombardement des Forts San Carlos durch die deutschen Schiffe zum Zwecke einer wirksamen Aufrechterhaltung der Blockade. Dem venezolanischen Siegesjubel ist rasch die Ernüchterung gefolgt, da nach der ersten — recht spät eingetroffenen — deutschen Nachricht das venezolanische Fort schon am 22. d. M. vernichtet worden ist. Die Notwendigkeit zu diesem Vorgehen wird auch von englischer Seite, allerdings nicht von allen englischen Blättern, anerkannt. In den Vereinigten Staaten lärmt natürlich die gelbe Presse; aber sie wird sich darein finden müssen, daß Deutschland nicht Spanien ist. Nichts wäre verkehrter, als wenn in der schwebenden Aktion gegen Venezuela die europäischen Mächte vor dem Unwillen amerikanischer Blätter zurückwichen. Jede derartige Nachgiebigkeit würde sich um so mehr rächen, je korrekter das Kabinett von Washington sich in dem ganzen Streitfalle verhält.

In diesen Tagen, wo die Sozialdemokratie gegen die bestehende Gesellschaftsordnung besonders laute Anklagen geschleudert hat, ist es nützlich, dem „Vorwärts" aus der Rubrik „Vermischtes" eine kleine Notiz zu entnehmen. Sie enthält die Nachricht von dem Tode des Kommerzienrats Naumann in Dresden, des Chefs der großen Firma Seidel und Naumann. „Kommerzienrat Naumann", bemerkt der „Vorwärts", „hat als Schlossergeselle angefangen und sich dann durch kluge Geschäftsoperationen zum Besitzer einer der größten Nähmaschinen- und Fahrradfabriken emporzuarbeiten gewußt". — Nicht in jedem Schlossergesellen kann ein Kommerzienrat stecken. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß heute wie in der Vergangenheit einen wohlbegründeten Anspruch auf Geltung ein Dichterwort hat, dessen Wert die Sozialdemokratie herabzusetzen oder zu leugnen liebt, nämlich das Wort: „In Deiner Brust sind Deines Schicksals Sterne!"

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 24. Januar. (Koalition der Bauarbeiter für die kommende Bausaison.) Die Bauarbeiter aller Branchen tragen sich für die kommende Bausaison mit sehr hochfliegenden Plänen; sie wollen überall mit hohen Lohnforderungen hervortreten und werden auch eine ziemlich starke Verkürzung der Arbeitszeit verlangen. Die verschiedenen Branchen des Baugewerbes wollen sogar für die bevorstehende Bausaison ein Schutz- und Trutzbündnis abschließen. Wie wir erfahren, ist zwischen den sozialdemokratischen Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer ein Kartellvertrag bereits abgeschlossen, der im großen und ganzen darauf ausläuft, daß, wenn die Maurer in einem Orte in einen Streik geraten, die Bauarbeiter und die Zimmerer ebenfalls die Arbeit niederlegen sollen und umgekehrt. Es ist genau geregelt, was die Maurer beim Ausbruch eines Streiks der Zimmerer und der Bauarbeiter nicht tun dürfen und was letztere zu unterlassen haben, wenn die Maurer streiken. So sollen z. B. die Maurer bei Bauarbeiterstreiks sich selbst kein Material zubereiten, auch kein Material heranholen oder beim Materialtransport tätig sein; sie sollen ferner kein Material verarbeiten, das ihnen von Lehrlingen zugetragen worden ist. Mit anderen Worten, beim Ausbruch eines Bauarbeiterstreiks haben die Maurer zu feiern, die Zimmerer dürfen bei Maurerstreiks weder bei der Zubereitung noch beim Transport von Baumaterialien für die Maurer tätig sein und auch keine Gerüste bauen oder in irgend einer Weise dabei behülflich sein, wenn dies bisher nicht die Aufgabe der Zimmerer war. Bei Ausbruch eines Streiks haben Ueberwachungskommissionen in Tätigkeit zu treten, die dafür zu wirken haben, daß Verfehlungen gegen die Solidarität nicht vorkommen. Auch die gegenseitige pekuniäre Unterstützung ist genau geregelt; kurzum, bei einem Streike der Bauarbeiter, Maurer oder Zimmerer, ist das ganze arbeitende Baugewerbe gegen die Arbeitgeber und das Kapital mobil gemacht. Daß dies die Aussichten in einem Lohnkampfe der Maurer oder Zimmerer wesentlich zu Gunsten der Arbeiter verschiebt, liegt auf der Hand; hoffentlich erkennen die Arbeitgeber baldigst die ihnen drohende Gefahr und treffen bei Zeiten geeignete Gegenmaßregeln.

* **Berlin**, 24. Januar. (Die Verwendung der Selbstfahrer in der Armee.) Der Militäretat für das Jahr 1903 wirft zur Weiterentwicklung des Selbstfahrerwesens 100 000 ℳ aus. Diese Summe ist gegen das Vorjahr um 70 000 ℳ erhöht. Eine kurze Auseinandersetzung darüber, wie die Verwendung des Automobils in der Armee zu denken ist, dürfte auch weitere Kreise interessieren: In erster Linie soll es bei den Kolonnen und Trains verwendet werden. Je größer die Heere werden, desto weniger können sie aus dem Lande, aus ihren Quartieren leben, desto wichtiger wird daher die Regelung des Nachschubes an Lebensmitteln. Mit dem Größerwerden der Heere und der Weiterentwicklung der Feuergeschwindigkeit aller Schußwaffen werden auch erhöhte Anforderungen an den Munitionsersatz gestellt. Bis jetzt erfolgt dieser Nachschub soweit wie möglich mit der Eisenbahn und alsdann bis zur Armee mit Wagen und Pferd. Mit dem Wachsen der Heere ist aber auch die Zahl der notwendigen Pferde für die Truppe gewachsen. Nimmt man noch die Unsumme von Pferden hinzu, die für die Kolonnen und Trains gebraucht werden — für das gesamte deutsche Heer über 100 000 — so kann sich jeder selbst sagen, daß es auch hierin eine Grenze der Leistungsfähigkeit eines Landes gibt. Rußland untersucht deshalb, um sich sein brauchbares Pferdematerial zu erhalten, jedes auszuführende Pferd durch Kommissare an der Grenze auf seine Verwendbarkeit für die Armee und hält es im Falle eines günstigen Resultates zurück. Es ist also sehr wünschenswert, daß rechtzeitig eine andere Zugkraft gefunden wird, welche die bis jetzt für die Kolonnen und Trains gebrauchten Pferde für die fechtenden Truppen freimacht. An dieser Stelle soll nun der Selbstfahrer helfend einspringen. Mit seiner Hülfe soll in Zukunft der Verkehr im Rücken der Armeen bis zu den Ausladestationen der Eisenbahnen bewältigt werden. Bis zur vollständigen Verwirklichung dieser Ideen ist es allerdings noch ein weiter Weg. Die jetzigen Modelle dürften noch nicht in jeder Beziehung kriegsbrauchbar sein, deshalb muß im Interesse der Armee unentwegt an der Weiterentwicklung des Selbstfahrerwesens gearbeitet werden: der Mechanismus muß ein so einfacher werden, daß er unter allen Umständen trotz Wind und Wetter, trotz Regen und Staub funktioniert; kleinere Schäden müssen vom Personal selbst ausgebessert werden können; die Handhabung muß möglichst einfach sein; Steigungen müssen überwunden werden können; der Selbstfahrer muß im stande sein, eine Anzahl von Anhängewagen zu ziehen. Außer bei den Munitionskolonnen und den Trains kommen sie noch zur Personenbeförderung in Betracht. In England ist man sogar schon der Fortbewegung von Geschützen durch Automobile näher getreten. Wenn diese Versuche vielleicht heute noch etwas verfrüht erscheinen, so dürfte das, was die „Zeitschrift für Automobil-Industrie und Motorbau" hierüber schreibt, allgemein interessieren: In England ist ein gepanzerter, mit Geschützen armierter Motorwagen erbaut. Dieser trägt einen Panzer von 6 mm dickem Vickerschem Stahl, welcher gegen Gewehr- und Schrapnellkugeln schützt; er ist ausgerüstet mit einem elektrischen Scheinwerfer, zwei Pompons und zwei Marinegeschützen. Er kann auf Chausseen fahren und ist in erster Linie für Küstenverteidigungszwecke erfunden, soll aber auch im Feldkriege verwendbar sein. — Abgesehen von dieser letzteren Verwendungsart ist die Bedeutung des Selbstfahrers für die Armee einleuchtend, so daß der Heeresverwaltung auch trotz der mißlichen Finanzlage die geforderte geringe Summe ohne Abstrich bewilligt werden dürfte, zumal sie wieder der deutschen Industrie zu gute kommt.

* **Berlin**, 24. Januar. Ueber die durch die „Versöhnung" zwischen den Konservativen und den Bund der Landwirte geschaffene zoll- und handelspolitische Lage urteilt im „Schwäb. Merk." ein bekannter Reichstagsabgeordneter folgendermaßen:

Der Streit zwischen den Konservativen und dem Bund der Landwirte ist zu Ende gegangen, wie sich von Anfang an voraussehen ließ. Kein Vertuschungsversuch kann darüber täuschen, daß das Einlenken zumeist auf Seiten der Konservativen gewesen ist. Die konservative Partei würde eben, wäre es zum Bruch gekommen, in der schwächeren Position gewesen sein. Der Bund hat seine feste Organisation, hat agitatorische Kräfte in Hülle und Fülle, und vor allem: er hat das Geld. Im jetzt begonnenen „Kriegsjahr" erhebt er den doppelten Bundesbeitrag. Daran sollten sich, meinte die „Kreuzztg." letzthin, die Konservativen ein Beispiel nehmen. Sehr schön; wenn nur die zahlenden Personen nicht in beiden Lagern dieselben wären! Dank seiner frommen Organisation und der eingelebten Praxis wird der Bund die verdoppelten Beiträge erhalten; um so geringer aber wird die Neigung sein, einen ähnlichen Tribut noch an eine andere Kasse zu opfern. Da fügen sich denn die Konservativen in die Zwangslage, noch einmal den Bund für sich arbeiten zu lassen, unter der Bedingung natürlich, daß sie ihrerseits die Melodie des Bundes pfeifen. Vielleicht hätte sich die Lage etwas anders gestaltet, wenn die preußische Regierung, wozu angesichts der feindseligen Haltung des Bundes reichlich Veranlassung gewesen wäre, ihren Verwaltungsbeamten die Unterstützung des Bundes untersagt hätte. Die Regierung aber scheint auch jetzt noch in ihrer bisherigen Passivität verharren zu wollen, und so werden denn die Dinge wohl ganz den alten Gang gehen. Dem Bunde kommt sehr zu statten, daß, wie nunmehr feststehen scheint, neue Handelsverträge in diesem Reichstage nicht mehr zur Vorlegung gelangen werden. Wäre der Reichstag noch zu einer solchen Entscheidung gezwungen gewesen, so wäre es in der konservativen Fraktion höchst wahrscheinlich zu derselben Spaltung gekommen, wie bei der Abstimmung über das Zolltarifgesetz, und dann würde eine abermalige „Versöhnung" mit dem Bunde noch vor den Wahlen doch ihre großen Schwierigkeiten gehabt haben. Jetzt aber wird man mit dem Bunde gemeinsam in die Wahlbewegung gehen unter der Parole: Handelsverträge nur dann, wenn in ihnen die Interessen der Landwirtschaft ausreichend berücksichtigt sind. Ueber das Maß des Ausreichenden gehen freilich die Meinungen nicht nur auseinander, sondern es liegt darin eine bewußte Zweideutigkeit. Die Frage ist nur, ob der Bund sich das gefallen lassen wird. Nach seiner bisherigen Praxis ist vielmehr zu erwarten, daß er den Reichstagskandidaten ganz bestimmte Verpflichtungen vorlegen wird, von deren unbedingter Annahme sein Eintreten für sie abhängig gemacht ist. Werden die konservativen Kandidaten den unbeugsamen Willen haben, ein solches imperatives Mandat zurückzuweisen? Die Wahrscheinlichkeit ist nicht sehr groß. Alsdann entsteht aber für die zu erwartenden Handelsverträge eine nicht geringe Gefahr. Man darf überzeugt sein, daß es der Reichsregierung, entsprechend der vom Grafen Bülow sowohl noch im preußischen Abgeordnetenhause abgegebenen Versicherung, durchaus ernst damit ist, der Landwirtschaft in den neuen Handelsverträgen alle nur irgend erreichbaren Vorteile zu verschaffen. Eben deshalb aber steht alles, was links von den Nationalliberalen steht, diesen neuen Verbungen mit Mißtrauen entgegen. Als parlamentarischen Stützen der neuen Handelsverträge konnten also mit einiger Sicherheit nur die Nationalliberalen, das Zentrum und die Reichspartei ins Auge gefaßt werden, welche drei Parteien indes zur Stellung einer Majorität, den heutigen zahlenmäßigen Bestand zu Grunde gelegt, nicht ausreichen würden. Man sieht daraus, ein wie bedenkliches Moment der Ungewißheit durch die konservativ-bündlerische „Versöhnung" in die Lage hineingetragen wird.

⊙ **Berlin**, 24. Januar. (Telegramm.) Der Kaiser nahm gestern in Potsdam das Frühstück im Regimentshause ein, machte dann mit dem General der Infanterie v. Plessen im Park von Sanssouci einen längeren Spaziergang und kehrte um 2 Uhr mit Sonderzug nach Berlin zurück. Nach der gestrigen Defiliercour waren bei dem Kaiserpaare zum Thee geladen die hier weilenden fürstlichen Gäste, General-Oberst v. Hahnke, General der Infanterie v. Kessel, der Chef des Militärkabinetts Graf v. Hülsen-Häseler, Oberst und Flügeladjutant v. Böhm. — Heute morgen machte der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Tiergarten, besuchte den Reichskanzler und hörte von 10 Uhr ab im königl. Schlosse den Vortrag des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts und des Chefs des Marine-Kabinetts. Um 12 Uhr fand die Vorstellung der zur Einstellung in die Armee heranstehenden Kadetten im Weißen Saale statt.

⊙ **Berlin**, 24. Januar. (Telegramm.) Die beiden freisinnigen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses beabsichtigen, ihre früher getrennt eingebrachten Anträge über die **Einführung der geheimen Stimmenabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause** und betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1860 über die Feststellung der Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus, entsprechend den in den letzten Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung, zusammengefaßt wieder einzubringen.

⊙ **Berlin**, 24. Januar. (Telegramm.) Gestern nachmittag wurden in der Prinz Louis Ferdinand-Straße mehrere von ihrer Arbeitsstätte in der elektrotechnischen Fabrik, wo eine Arbeitseinstellung stattgefunden hat, auf dem Heimwege befindliche Arbeiter **von ausständigen Arbeitern überfallen**, zum teil durch Messerstiche leicht verletzt.

B. **Berlin**, 24. Januar. (Privattelegramm.) In der gestern unter dem Vorsitz von Dr. Freund-Berlin und unter offizieller Beteiligung des kaiserlichen Statistischen Amts abgehaltenen **Konferenz des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise** betr. die Einführung einer einheitlichen Arbeitsnachweis-Statistik wurde eine vollkommene Einigung über die bei der Aufstellung der Statistik zu befolgenden Grundsätze